

Putins Gefängnis

Warum der Frieden für den Kreml gefährlicher ist als der Krieg.

Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Wann und wie endet der russisch-ukrainische Krieg? Wer das ernsthaft prognostizieren will, muss das Verhalten der relevanten politischen Akteure verstehen, insbesondere jenes Wladimir Putins. Was veranlasste ihn zum Krieg? Was hat sich seither verändert? Und was könnte so verändert werden, dass er und die anderen wichtigen Akteure Frieden schaffen?

Viele sehen hinter Putins Verhalten grosse Ziele. Er wolle Russland wieder zu einer Weltmacht machen, oder er wolle Russland vor dem Druck der Nato schützen. Doch Debatten darüber sind wenig erhellend. Denn was immer seine Ziele sind: Um sie zu erreichen, muss er zuallererst an der Macht bleiben. Entscheidend sind daher die Bedingungen dafür: Putin bleibt so lange an der Macht, wie es für die Mitglieder seines Regimes, die Elite aus Reichen und Gutvernetzten sowie den Grossteil der Bevölkerung vorteilhafter ist, ihn zu unterstützen statt Gegenspieler. Für seinen Machterhalt ist daher entscheidend, wie gut er die Ansprüche seiner Unterstützer im Vergleich zu möglichen alternativen Regierungen Russlands erfüllen und wie wirksam er Gegenspieler kleinhalten kann. Diesbezüglich stand Putin vor dem Krieg vor gewaltigen Herausforderungen.

I.

2022: Putin braucht den Krieg

In den ersten Jahren von Putins Herrschaft ab 1999 erlebte Russland einen breiten wirtschaftlichen Aufschwung. Gemessen an der früheren Entwicklung und an anderen postsowjetischen Staaten, schien Putin erfolgreich. Allerdings war der Erfolg stark von steigenden Erdöl- und Erdgaspreisen und -einnahmen getrieben und damit nicht nur Putins Leistung. Vielmehr entwickelte sich ein typischer «Fluch der Ressourcen». Statt liberale und produktivitätserhöhende Reformen anzustreben, bewirtschaftete das Regime den Ressourcenboom.

Dieser endete jedoch mit der globalen Finanzkrise ab 2008, was die wirtschaftliche Basis des Regimes schwächte. Danach sicherte sich Putin im Zusammenspiel mit Dmitri Medwedew die Macht an demokratischen Prinzipien vorbei, regierte zunehmend autokratisch und bewirtschaftete weiterhin die Ressourcen, während manche Getreue und Unterstützer mit ihm reich wurden. Ein freiheitlich-demokratischer Kurswechsel wurde damit unwahrscheinlich. Versprechen dazu waren unglaubwürdig, und Putin war Gefangener der

In der Ukraine schienen Freiheit und Erfolg zu keimen. Das war für Putin bedrohlich.

Ressourcenwirtschaft. So wurde die im Pariser Klimaabkommen von 2015 anvisierte Dekarbonisierung der Weltwirtschaft zur ernsthaften Bedrohung. Denn wenn der Verbrauch fossiler Ressourcen absehbar sinkt, fallen deren Preise und zerfallen die Werte ihrer Lagerstätten. Putin musste also um die Grundlagen der russischen Wirtschaft, um das Wohlbefinden seiner Unterstützer sowie um den Ausbau von Armee und Kriegsreserven fürchten.

Die Ukraine war bei ihrer Unabhängigkeit 1991 deutlich ärmer als Russland. Zudem war der wirtschaftliche Einbruch in den ersten postsowjetischen Jahren stärker und die Erholung langsamer. Da die Ukraine weit weniger natürliche Ressourcen als Russland hat, konnte sie nicht vom Rohstoffboom profitieren. Dafür litt sie nicht unter einem Ressourcenfluch, und zivilgesellschaftliche Kräfte konnten heranwachsen. Die «orange Revolution» von 2004/05 folgte auf eine manipulierte Präsidentschaftswahl, die Maidan-Revolution von 2013/14 auf Machtmissbrauch und gewaltsame Repression durch Präsident Wiktor Janukowitsch. Beide Revolutionen erzwangen neue Wahlen und brachten prowestliche Machtwechsel. Den zweiten Machtwechsel beantwortete Putin 2014 mit der Unterstützung prorussischer Separatisten und der Besetzung der Krim. Damit war die ukrai-

nische Wirtschaftsentwicklung seit 1990 klar schlechter als die russische. Doch ab 2015 wuchs die ukrainische Wirtschaft schneller als die russische. Die Wirtschaftsleistung in der Stadtregion Kiew überholte gemäss manchen Datenquellen diejenige von St. Petersburg. Die Präsidentschaftswahlen 2019 waren wettbewerbsfähig, respektierten die Grundfreiheiten und brachten einen friedlichen Machtwechsel von Petro Poroschenko, unter dem Reformen zur Korruptionsbekämpfung umgesetzt worden waren, zu Wolodymyr Selenskyj. In der Ukraine schienen also Freiheit und Erfolg in Politik und Wirtschaft zu keimen. Zugleich wurde die Armee mit amerikanischer und britischer Unterstützung modernisiert und aufgerüstet.

Das war für Putin bedrohlich. Das Anspruchsniveau der Bürger wächst mit dem Erfolg anderer Länder, wenn die Nachrichten dazu verständlich sind und als relevant betrachtet werden. Das trifft umso mehr zu, je näher sich die Länder kulturell, sprachlich und durch familiäre Bande sind. Wenn die Bürger den Medien nicht mehr trauen, verlassen sie sich umso mehr auf die Aussagen ihrer Bekannten im Ausland. Zudem bieten sprachlich und kulturell ähnliche Gebiete Regimegegnern und unzufriedenen Unternehmern gute Zufluchtsorte. Für Autokraten sind deshalb Wettbewerb und Vergleiche im gleichen Kultur- und Sprachraum besonders problematisch, weshalb sie die Losung «Ein Volk, ein Reich, ein Führer» seit je in unterschiedlichen Formulierungen ausgaben. Unter Zar Nikolaus I., einem von Putins historischen Vorbildern, lautete die Formel etwa «Orthodoxie, Autokratie, Nationalität». Die Aussage, die Ukrainer seien gar keine Nation und hätten keine eigene Kultur, ist in dieser Logik weniger Herabwürdigung als gewissermassen Auszeichnung: Ihr Erfolg ist für Putin brandgefährlich.

Putin sah also spätestens ab 2019 in der Entwicklung der Ukraine die drohende Emanzipation der eigenen Bürger, mögliche Nester russischer Oppositioneller, zunehmend boomende ukrainische Städte – auch dank des Zuzugs russischer Unternehmen – sowie eine rasche



Überlebt er das politisch? Putin in der Erzengelskathedrale in Moskau, 20. August..

Erstarkung der militärischen Fähigkeiten der Ukraine. Dem stand ein reformunfähiges Russland gegenüber, das auf fossile Energien setzte, die langfristig durch die Dekarbonisierung bedroht waren. Zudem musste Putin um Weissrussland, seinen Bündnispartner, fürchten. Der

Wer schlechte Karten hat und fürchtet, dass sie noch schlechter werden, kann so pokern, wie Putin es tat.

ukrainische Frühling drohte auf Weissrussland überzuspringen, Alexander Lukaschenko zu Fall zu bringen und schliesslich Russland zu erfassen. Deshalb half Putin Lukaschenko, die Proteste 2020/21 niederzuschlagen. Zugleich sah Putin 2021 einen durch Schulden, Covid, die Anti-Covid-Politik, die Klimapolitik und Bürokratie geschwächten Westen. In manchen EU-Ländern, insbesondere in Deutschland, waren russlandfreundliche Politiker einflussreich. Einige hatten schon auf die Annexion der Krim vorwiegend mit einer Art Beschwichtigungspolitik reagiert. Aus dieser Perspektive war es für Putin 2022 Zeit für einen «Befreiungsschlag»: Die Ukraine musste weg. Wenn nicht jetzt, wann dann? Denn bei längerem Zuwarten wäre die Ukraine stärker, Russland relativ schwächer und der Westen vielleicht doch noch wach geworden. Putin war klar, dass der Westen bei voller Mobi-

lisierung seines Potenzials Russland wirtschaftlich, demografisch und militärisch um ein Vielfaches überlegen ist.

Als Putins Truppen in die Ukraine einfielen, waren viele im Westen überrascht. Genauso überrascht waren sie, als die Truppen steckenblieben. Trotzdem meinten sie zu wissen, Putin habe die Sache völlig unterschätzt. Dieses Bild der Verwirrung ist typisch für Pokerspiele. Wer schlechte Karten hat und fürchtet, dass sie noch schlechter werden, kann so pokern, wie Putin es tat: Man zieht in den Krieg, nennt ihn «spezielle Militäroperation» und tut so, als wäre es ein Spaziergang. Nur so besteht eine Chance, die anderen so zu täuschen, dass sie freiwillig die Waffen strecken. Allerdings könnte Putin seine Erfolgchancen überschätzt haben. Schon viele Autokraten litten unter verzerrten Weltbildern, weil ihre Informanten lieber Erwünschtes meldeten und schlechte Nachrichten zurückhielten.

Zugleich war es für Putin kaum abschreckend, dass seine Taktik am starken ukrainischen Widerstand scheitern konnte. Denn das bestätigte ihm nur, dass seine Einschätzung der keimenden ukrainischen Stärke und Gefahr richtig war und er angreifen musste. Zudem kam ihm die absehbare Reaktion des Westens – Sanktionen und Drohungen – gelegen. Entgegen dem Mantra von EU und Uno schwächen Sanktionen Regime nicht, sondern stabilisieren sie. Sanktionen schaffen im anvisierten Land

Knappheit und wirtschaftliche Probleme, die die Bürger und Unternehmen vom Regime abhängig machen. Knappheit führt zu Rationierung, wodurch das Regime loyale Gruppen bevorzugen und Kritiker benachteiligen kann. Zugleich schaffen Schmuggel, Umgehungsgeschäfte sowie der Rückzug ausländischer Unternehmen neue Profite und Aneignungsmöglichkeiten für regimenahe Kreise. Und Krieg bringt Kriegerrecht und Notstandsgesetze, die es dem Regime erlauben, Widerstand auszuradieren.

II.

2026:

Putin braucht den Krieg erst recht

Nun dauert der Krieg schon viereinhalb Jahre, mit schrecklichen Verlusten auf beiden Seiten. Die Fronten verschieben sich nur noch langsam, während Angriffe immer tiefer ins Hinterland reichen. Putin sitzt von aussen betrachtet fest im Sattel und hält an weitreichenden Forderungen für einen Waffenstillstand fest. Wie kann es da Frieden geben?

Es muss sich für Putin und seine Unterstützer lohnen, den Krieg zu beenden. In seinem Kalkül hat sich Folgendes verändert: Die Dekarbonisierung ist in Europa zwar nicht ab-

gesagt, aber doch verlangsamt worden. Weltweit stieg die Nutzung von Öl und Gas trotz des Pariser Klimaabkommens von 2015 und des Einbruchs durch Covid weiter, und eine Umkehr des Trends ist nicht absehbar. Der steigende Strombedarf, verstärkt durch die KI-Entwicklung, stützt zusätzlich die Nachfrage nach fossiler Energie – neben jener nach allen anderen Energieformen. Das ist aus Putins Sicht eine gute Botschaft. So hätte Putins Entourage auch im Falle eines Friedens und ohne grundlegende Reformen dank fossiler Ressourcen einen «Business Case», und die Ressourcenbasis für Russlands militärische Stärke bliebe bewahrt.

Im Falle eines Friedens wäre die Bedrohung durch eine aufstrebende Ukraine wohl noch grösser als vor dem Krieg. Eine freie, westlich ausgerichtete Ukraine dürfte unabhängig vom genauen neuen Grenzverlauf ein Wirtschaftswunder erleben. Vergleichbare Länder – insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, Südkorea und Taiwan – erlebten nach verheerenden Kriegen, grossen Bevölkerungsverschiebungen und neugezogenen Grenzen dank Sicherheitsgarantien, aber vor allem wegen Demokratie und Marktwirtschaft sensationelle wirtschaftliche Aufschwünge. Wenn in der Ukraine der wirtschaftliche Erfolg mit einer weiteren zivilgesellschaftlichen Entwicklung einherginge, würde die Lage für die Autokraten in Russland und Weissrussland noch weit schwieriger als vor 2022.

Ein Friedensschluss, der mit einer Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland einherginge, würde es Putin erschweren, keimenden Widerstand gegen sein Regime zu unterdrücken. Mit dem Rückgang von Knappheit und Rationierungsmacht gewännen russische Bürger und Unternehmen wieder mehr wirtschaftliche Alternativen, während sich die Zivil-

Insgesamt ist die Lage für Putin heute bedrohlicher als 2022.

gesellschaft leichter mit dem Ausland vernetzen könnte. Auch dürften dann in Russland oder Weissrussland wieder demokratische Kräfte aufleben. Das alles wäre gefährlich für Putin.

Die EU-Länder sind zwar verspätet aufgewacht, rüsten nun aber doch auf. Sie werden sich deshalb von Russlands konventionellen militärischen Mitteln, auch angesichts ihrer Wirkung im Ukraine-Krieg, immer weniger einschüchtern lassen. Putin hat sich allerdings darauf vorbereitet und pokert darum, dass die EU und die USA keine russische Totalniederlage wollen. So drohen Mitglieder seiner Entourage immer wieder mit Atomwaffen. Das dürfte weniger eine direkte als eine indirekte Drohung sein: Der Westen soll ein Interesse daran haben, dass die Atomwaffen unter Pu-

tins Kontrolle bleiben, weil sie ohne ihn in noch gefährlichere Hände geraten könnten.

Insgesamt ist die Lage für Putin heute bedrohlicher als 2022. Damals brauchte er den Krieg. Jetzt braucht er ihn erst recht. Das gilt umso mehr, als er sich im Falle eines Friedens und der Erstarkung der Zivilgesellschaft für die enormen Verluste eines Krieges rechtfertigen müsste. Zugleich hat der Westen trotz der russischen militärischen und hybriden Angriffe kein Interesse an einem unkontrollierten Sturz Putins mit Bürgerkriegsgefahr in Russland. Doch die Bürger der Ukraine haben beste Chancen auf Freiheit und Wohlstand, sobald die militärische Bedrohung aus Russland glaubwürdig endet.

III.

Der Krieg ist trotzdem nicht alternativlos

Aufgrund dieser Bedingungen sind höchst unterschiedliche Entwicklungen denkbar. Naheliegender ist, dass der Krieg weitergeht, bis entweder die Ukraine oder Russland die Überhand gewinnt – mit wohl schrecklichen Konsequenzen. Falls die Ukraine gewinnt, reichen sie von einer atomaren Reaktion des untergehenden Putin-Regimes bis zum Zusammenbruch Russlands mit Bürgerkrieg und herrenlosen Atomwaffen. Putin könnte auch durch natürliche Ursachen, wie Krankheit oder Tod, die Macht an andere verlieren. Diese können Falken oder Tauben sein. Wenn sie aus dem Umfeld von Putins Regime stammen, unterliegen sie ähnlichen Einschränkungen wie er und brauchen daher ebenfalls den Krieg.

Ein Ausbruch aus dem «Kriegsgleichgewicht» setzt voraus, dass die Ukraine, Putins Regime und der Westen gemeinsam Bedingungen schaffen, unter denen Putin gleich gut oder sogar besser dasteht als bei einer Fortsetzung des Krieges. Dafür sehen wir zwei mögliche Entwicklungen:

Stalinisierung Russlands: Alle Seiten könnten übereinkommen, dass Putin den Angriff stoppen, aber in Russland an der Macht bleiben soll. Da er aber dafür Krieg und Spannungen braucht, würde der heisse Krieg durch einen kalten Krieg ersetzt. Die bislang eroberten Gebiete blieben unter Putins Kontrolle. Dazu müssten sich Russland und der Westen gegenseitig hart abschotten – im Grunde nach historischem Vorbild mit einem eisernen Vorhang. So könnten die Bürger Russlands weniger gut wahrnehmen, wie viel besser sich die Ukraine entwickelt, und weniger leicht darauf durch Abwanderung reagieren. Zugleich blieben sie infolge der Abschottung von Putins Regime abhängig, was dessen Position im Inland stabilisieren würde. Dabei bliebe es Putin überlassen, inwieweit er Russland gegenüber China und Indien offenhielte. Er müsste aber verhindern, dass seine Bürger über diese Länder

in die Welt hinauskämen und so rasch sähen, wie es um Russland steht. Er müsste Russland also international isolieren und einen eng kontrollierten staatlichen Handel anstreben, was ihm und insbesondere der autoritären Führung in China in die Hände spielte. Da die Abschottung jedoch nie vollständig gelänge und auch der Westen Interesse an einer Öffnung hätte, müsste Putin zum Machterhalt die Bevölkerung und aufkeimenden politischen Widerstand immer härter unterdrücken. Russland würde im Innern erneut ein stalinistisches System. Anders als die stalinistische Sowjetunion wäre Russland aber angesichts seiner relativ geringen wirtschaftlichen Bedeutung keine zu grosse Bedrohung für den Westen. Doch Putins Regime wäre davon abhängig, dass der Westen mit ihm viele Jahre eine Art kalten Krieg führte.

Der Wohlstandsfriede: Die Regierung der Ukraine und Putins Regime könnten zur Einsicht gelangen, dass der beste Weg in einem grundlegenden Strategiewechsel besteht. Beide Seiten müssten Bedingungen schaffen, unter denen eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung möglich würde. Sie würden ihre bisherigen konventionellen Vorstellungen von Westintegration und Westangst über Bord werfen und fruchtbarere Lösungen suchen, die in beiden Ländern symmetrisch angewendet werden könnten. Ein Abkommen müsste deshalb für die Bürger der Ukraine und Russlands glaubwürdig mehr Sicherheit, Freiheit und Wachstum versprechen. Zudem müsste es für die Regierungen beider Länder als Erfolg darstellbar sein. Putin müsste das Abkommen als grossen, nur dank des Krieges erreichten Entwicklungsschritt darstellen können. So könnte über das fertige Abkommen zumindest in der Ukraine, im Idealfall aber in beiden Ländern, in freien Volksabstimmungen entschieden werden.

Für die Ukraine bedeutete dies, dass sie mittelfristig nicht mehr in die EU und die Nato strebte, sondern einen eigenen Weg suchen würde. Dafür bräuchte sie möglichst rasch ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU mit begrenzter Arbeitsmigration, aber ohne politische Integration. Innerhalb der Ukraine erhielten die Regionen vollständige Autonomie, und der Schutz kultureller und sprachlicher Teilgruppen würde als Staatsaufgabe verankert. Mit seiner Durchsetzung würde ein internationales Schiedsgericht betraut, das von minderheitssprachlichen Regionen aus mehrsprachigen Ländern beaufsichtigt würde, etwa von Québec, dem Südtirol und dem Tessin. Wolodymyr Selenskyj könnte endgültig als Held in die Geschichte eingehen, indem er auf eine Wiederwahl verzichtet und darauf verweist, dass ukrainische Präsidenten nur für zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden von je fünf Jahren gewählt werden dürfen und er zum Zeitpunkt der Wahl nach Kriegsende bereits rund acht Jahre im Amt wäre. Das würde es Putin er-

leichtern, den Frieden als Erfolg darzustellen. Selenskyj könnte später, wenn er wollte oder die Bürger der Ukraine ihn dringend brauchen, in die Politik zurückkehren.

Russland würde die Rezepte für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg spiegelbildlich anwenden. Freihandel mit der EU läge auch in deren Interesse, und eine grössere Autonomie auf regionaler Ebene hätte zumindest in den russischen Regionen nahe der Ukraine gute Chancen. Um der neuen Strategie Glaubwürdigkeit zu geben, eine zentrale Konfliktursache zu beseitigen und beidseitig beste Absichten zu demonstrieren, würde die Krim zu einem unabhängigen Staat. Über diese Unabhängigkeit müssten die Bürger der Krim selbst in einem demokratischen Prozess unter internationaler Aufsicht entscheiden. Die Krim sollte sich explizit als demokratisches, neutrales Singapur am Schwarzen Meer entwickeln – und brächte dafür hervorragende Voraussetzungen: natürliche und gut schützbare Grenzen, gute Häfen, eine ausgezeichnete Lage für Handel, Tourismus und Landwirtschaft sowie wenige natürliche Ressourcen, so dass kein Ressourcenfluch drohte. Als offener Kleinstaat stünde sie zudem in einem besonders intensiven Wettbewerb um mobile Menschen, Unternehmen

und Kapital. Das schaffte starke Anreize für gute, bürgerorientierte Politik und begrenzte die Macht der Regierenden. Die anderen, derzeit russisch besetzten und schwer geschädigten Gebiete würden vollständig entmilitarisiert, erhielten Autonomie und würden mit Unterstützung neutraler Länder entmint und infra-

Die Krim sollte sich explizit als demokratisches, neutrales Singapur am Schwarzen Meer entwickeln.

strukturell instand gesetzt. Zudem würden sie zu wirtschaftlichen Sonderzonen mit freiem Handel und Mobilität ihrer Einwohner zwischen Russland und der Ukraine.

Natürlich klingt insbesondere die zweite Strategie ungewöhnlich. Doch ein solches Vorgehen würde viele Ursachen des Krieges beseitigen. Zwar kann sich keine Seite glaubwürdig auf ihr Verhalten von morgen festlegen. Doch genau deshalb setzt die Strategie nicht nur auf Versprechen, sondern verändert die künftigen Interessen und Beschränkungen: Freihandel erhöht die Kosten eines neuen Krieges, regionale Autonomie vermindert den Wert zentraler Kontrolle, eine unabhängige Krim löst den territoria-

len Nullsummenkonflikt, und wirtschaftliche Sonderzonen schaffen Gruppen, die unmittelbar vom Frieden profitieren. Russland erhielte eine Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung abseits fossiler Energien. In beiden Ländern könnte sich eine dynamische Entwicklung entfalten, wodurch der Erfolg der Ukraine für Putin keine Gefahr mehr wäre. Damit sähe er sich nicht mehr veranlasst, die Ukraine zu zerstören. Ihre weitere Erstarbung wäre dann für ihn kein Problem mehr, weshalb ihre Armee glaubwürdig und klar defensiv ausgerichtet sein könnte.

Schliesslich stellt sich die Frage: Überlebt Putin das politisch? Das ist offen. Die beiden diskutierten Szenarien geben ihm aber bessere Chancen als viele andere Möglichkeiten und der derzeitige Krieg. Das erste geht auf Kosten der russischen Bürger, das zweite dient den Bürgern Russlands, der Ukraine, der Krim sowie aller umkämpften Gebiete.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema – Center of Research in Economics, Management and the Arts.

David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth (Deutschland); Fellow bei Crema und Senior Fellow am IWP – Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern (Schweiz).